

Keine neuen Steuern?

Nach den Aussagen von einzelnen Regierungsmitgliedern sind in Österreich für diese Legislaturperiode keine neuen Steuern geplant.

Wann denn, wenn nicht jetzt?

Die Krise frisst sich durch alle Lebensbereiche und bringt die Menschen in Bedrängnis.

Im Kapitalismus wird nur produziert wenn es Gewinn verspricht. Das ist der Kern unseres Systems. Die Gewinne sind in Gefahr und folgerichtig entledigen sich die Unternehmer der aus dieser Sicht überzähligen Arbeitskräfte. Die neoliberale Elite beherrscht den Staat und folgerichtig holen sie sich von dort Ausgleich für ihre Verluste.

Der Staat ist aber auch (besonders) in der Krise der ideelle Schutzherr der bedürftigen Bevölkerung. Die Arbeitslosen, die von den Lebenskosten Bedrängten, die Pensionisten, die Kranken, die Hochbetagten und die in Ausbildung Stehenden benötigen jetzt mehr denn je die helfende Hand des sozialen Staates.

Der aber befindet sich selbst in einer Notlage!

In der Krise sinken die Einnahmen und zugleich steigen die notwendigen Ausgaben. Aber die neoliberale Elite hat schon einen Ausweg parat: **steigende Staatsverschuldung**. Ihr Ausweg ist für die Bevölkerung eine Katastrophe. Schon bald werden die Zahlungen für die Zinsen der österreichischen Staatsschulden höher sein als die Ausgaben für Soziales aus dem Budget (Notstandshilfe, Kindergeld, Pflegegeld, Arbeitslosengeld und Familienbeihilfe).

Österreich liegt mit einer Nettoersatzrate von 55 % für das Arbeitslosengeld **weit unter** den bis zu 80 % vergleichbarer Länder. Bei der steigenden Arbeitslosigkeit in der Krise ist das von großer Bedeutung.

In Wien (zum Beispiel) steigt die Zahl der Sozialhilfebezieher deutlich an. Zwei Drittel davon haben eine Arbeit. Eine **ordentliche Grundsicherung** von über tausend Euro muss eingeführt werden.

„Die Presse“ vom 12.12.08 schreibt: „Forscher schlagen Alarm- zwei Milliarden Euro **fehlen**“.

Die für 2009 vorgesehene Steuerreform soll 2,2 Milliarden Euro an Entlastung bringen. Doch bis zur letzten Steuerreform 2005 zurückgerechnet zahlen allein die Lohnsteuerpflichtigen in Wirklichkeit 4 Milliarden Euro mehr an Abgaben. Diese Steuerreform ist in Wirklichkeit nur eine Senkung des **Anstieges** der Lohnsteuerpflicht!

Die Gemeinden brauchen auch Geld vom Staat: die **Kosten**, vor allem für Soziales und Gesundheit, steigen heuer um rund zehn Prozent und daher **stärker als die Einnahmen**.

Die Regierung spielt die Rolle des ruhigen Steuermannes der das Staatschiff sicher durch den Sturm der Krise lenkt. Das Budget soll in den nächsten fünf Jahren nie über drei Prozent steigen.

Sieht man genauer hin, bemerkt man die Gewitztheit der Neoliberalen. Im Koalitionspakt der Regierung gibt es **achtzig Projekte mit einem Vorbehalt**. Dieser Budgetvorbehalt bedeutet eine ungesicherte Finanzierung.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 11.12.08 wird noch deutlicher: „Laut Regierungspakt sollen mit von Jahr zu Jahr steigender Intensität bis 2013 insgesamt 2,7 % des BIP eingespart werden.“ Es sollen also in dieser Legislaturperiode rund acht Milliarden Euro **eingespart** werden. Auf wessen Kosten geht das wohl?

Kurzum, wenn der Staat ein sozialer sein soll, dann müssen in Wirklichkeit neue Steuern durchgesetzt werden. Diese Steuern müssen dort ansetzen wo das meiste Geld liegt.

Geht das in der Krise überhaupt? Erinnern wir uns doch: in den vergangenen Jahren haben die Unternehmen **Riesengewinne** eingefahren! Die wurden natürlich **verteilt**- am wenigsten an die Arbeitnehmer und den Sozialstaat. Jetzt ist es mehr denn je an der Zeit sich das notwendige Steuergeld zu holen.

Auch Konzerne, Aktionäre, Vermögende und Manager haben in der Krise oft Einbußen. Doch Steuergerechtigkeit bedeutet vor allem **Besteuerung nach dem Anteil**. Wer viel hat, soll viel zahlen. Diese „viel“ ist also in Prozenten zu bemessen und nicht absolut in Euro.

Die Gewinne und Vermögen müssen viel höher besteuert werden.

Die **Wertschöpfungsabgabe** und **Finanztransaktionssteuer** müssen eingeführt werden. Um es ganz deutlich zu sagen: die Hauptnutznießer unseres Gesellschaftssystems müssen endlich **anteilmäßig mindestens soviel** Steuern und Abgaben zahlen wie die einfachen Leute und zwar gerade auch in der Krise.

Die neoliberale Elite und die von ihnen beherrschte Regierung denken natürlich nicht daran. Vielmehr fachen sie schon wieder die Privatisierungsdebatte (bei den ÖBB) an. Es stehen ja für die betuchten Kreise vom Staat dutzende Milliarden Euro potentiell zur Verfügung. Da kann das Geschäft wieder angekurbelt werden! Aber wenn, dann mit dem Gütertransport der ÖBB. Den defizitären Personentransport soll sich der Staat behalten.

Immer deutlicher zeigen sich die Konturen der neoliberalen Strategie in der Krise. Ganz deutlich ist die Hinwendung zum Geld des Staates- genauer zum Steuergeld das zu rund zwei Dritteln von den einfachen Leuten stammt.

Gleichzeitig soll die Bevölkerung ruhig gehalten werden. Das ist **auch** ein Grund für die Herbstlohnrunder, die deutlich über der erwarteten offiziellen Inflationsentwicklung (und deutlich über der momentanen realen Kampfkraft der Gewerkschaften) liegen. Für die Arbeitskosten der Unternehmen ist nicht die individuelle Lohnhöhe entscheidend, sondern die zu zahlende gesamte Lohnsumme. Man kann ruhig die Löhne etwas kräftiger erhöhen, wenn die Menschen nahezu gleichzeitig zu Tausenden ihre Jobs verlieren. Die Krise liefert dafür den Grund und oft auch den Anlass.

Siemens Österreich, zum Beispiel, steigert in diesem Jahr den Umsatz, hat einen Bilanzgewinn von 136 Millionen Euro und Aufträge von fast 10 Milliarden in den Büchern. Der Plan, den Umsatz für das Jahr 2009 stabil zu halten, ist aufrecht. Denn man hofft auf „ehrgeizige Konjunkturpakete“. **Trotzdem werden in den kommenden Monaten 1000 Mitarbeiter ihre Arbeit verlieren**(Berichte von „Kurier“ und „Presse“ vom 18.12.08).

Demonstrationen und Kundgebungen vor dem Werksgelände fürchten die Konzerne nicht. Das stört höchstens Verkehrsteilnehmer. Eine **Besetzung** der Produktionsstätten wäre da ganz etwas anderes. Deshalb wird schön nach der Reihe vorgegangen. Zuerst werden die Leiharbeiter entfernt. Dann kommt die Kurzarbeit- eventuell mit staatlicher Mitzahlung. Und zum Schluss wird eben gekündigt. Immer kann ein Teil der Belegschaft hoffen und stillhalten- bis er eben auch dran kommt.

Die Gewinne privatisieren, die Einbußen sozialisieren, so geht der neoliberale Reigen. Der Staat kann ruhig mitzahlen- solange das Steuergeld zum größten Teil vom Durchschnittsbürger kommt.

Diese Strategie durchbricht man wenn die Steuern auf Gewinne und Vermögen **drastisch** erhöht werden, wenn eine **radikale Umverteilung** von reich zu arm durch eine andere Steuerpolitik erfolgt.

Jetzt und auf absehbare Zeit sind die Gewerkschaften nicht fähig, die Regierungs-(und Oppositions-) Parteien nicht willens, eine solche Umverteilung vorzunehmen. Wann wird die Zivilgesellschaft endlich erkennen, dass **die Steuerpolitik der entscheidende Hebel ist um in diesem Gesellschaftssystem** eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Masse der Bevölkerung zu erreichen? Wer keine Produktionsstätten beeinflussen kann, wer die Massenmedien nicht beherrscht, der kann in der parlamentarischen demokratischen Republik nur über eine Volksabstimmung eine wesentliche Änderung herbeiführen. Diese Volksabstimmung muss von unten her aufgebaut (zur Durchsetzung gebracht) werden. Genau das ist die Aufgabe der Nicht- Regierungs-Organisationen!